

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Kasse Blasewitz Nr. 686  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Er erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 8 gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorbehalten und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Kontur d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
88. Jahrgang

Nr. 138

Donnerstag, den 17. Juni

1926

## Poincaré wieder auf der Bildfläche

Der Höhepunkt des Hochwassers überschritten — England hilft Belgien finanziell auf die Beine — Verschärfung der Lage im englischen Bergarbeiterstreik — Eine Enttäuschung: Polen setzt die Hezke gegen Deutschland fort

### Vorschläge zur Flaggenfrage

Der Reichsregierung sind in den letzten Wochen aus allen Teilen Deutschlands und von Angehörigen aller Stände und Berufe Vorschläge für eine deutsche Einheitsflagge zugegangen. Bei der Fülle der Einfendungen ist es nicht möglich, einzeln zu antworten. Es sei daher auf diesem Wege für die Anregungen und den in ihnen oft leidenschaftlich bekundeten Wunsch nach einem alle Deutschen vereinigenden Symbol der Vaterlands- liebe gedankt.

### Verständigung über den Rußland-Kredit

Neue Verhandlungen mit der Sowjetregierung. In den letzten Tagen ist es gelungen, zwischen der Reichsregierung und der russischen Sowjetregierung zu erneuten Verhandlungen über die Durchführung des gefährdeten 300-Millionen-Kredites an Sowjetrußland zu kommen. Wie wir hören, dürfte in der ganzen Angelegenheit schon in ana kurzer Zeit eine Verständigung erzielt werden, da man in Moskau keine Mäßigkeit ansetzen hat, schon jetzt mit England zu ernsthaften Kreditverhandlungen zu gelangen und die an Deutschland erteilten Aufträge an Engländer zu vergeben.

### Wessen wünscht die Landtagsauflösung

Bei dem Volksbegehren in Hessen, das einen Volksentscheid über die Auflösung des Landtags herbeiführen will, sind bisher 164 000 Stimmen für den Volksentscheid gezählt worden. Erforderlich sind 42 000 Stimmen. Das Volksbegehren richtet sich gegen die seit der Revolution bestehende Koalitions- mehrheit (Weimarer Koalition), die sich während der letzten Landtagsverhandlungen den Anträgen auf Auflösung des Landtags widersetzt.

### Zum Gedächtnis Immelmanns



Heute vor zehn Jahren fiel nach fünfzehn Vorkämpfen der aus dem Weltkrieg bekannte Kampflieger Max Immelman.

## Vor der Entscheidung

Sachsens demokratischer Finanzminister verurteilt den Volksentscheid

### Dr. Dehnes Begründung

In den Dresdener Neuesten Nachrichten veröffentlicht der sächsische Finanzminister Dr. Dehne, der gleichzeitig der demokratischen Fraktion als Landtagsabgeordneter angehört, an leitender Stelle einen Aufsatz zum Volksentscheid. In diesem erklärt er: „Ich hätte gewünscht, daß der Parteivorstand eine klare und feste Stellung zum Volksentscheid eingenommen hätte. Sie hätte nur auf Ablehnung des zum Volksentscheid stehenden Gesetzes lauten können, denn die entschädigungslose Enteignung des Privatvermögens der Fürsten steht im offensibaren Widerspruch zur Verfassung von Weimar, die zu achten und zu stützen der Demokratischen Partei immer als die vornehmste Aufgabe erschienen ist. Das Wort des Artikels 109 der Reichsverfassung „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich“ gilt in seiner vollen Schärfe gegen die Fürsten, es muß aber auch für sie gelten.“

Die entschädigungslose Enteignung würde sie zu Staatsbürgern minderen Rechts machen.

Die kennt aber wahrer Liberalismus nicht. Man braucht nicht unter die Schwarzen zu gehen und muß doch zugeben, daß die Annahme des zum Volksentscheid stehenden Gesetzes schwere innerpolitische Erschütterungen zur Folge haben würde.

### Und das Ausland?

Der Schritt, den der Reichsbankpräsident Dr. Schacht gewiß nicht leichten Herzens getan hat, sollte doch zu denken geben. Die Kreditwürdigkeit, die das Ausland nach längerem Zögern dem deutschen Volke auch in seiner neuen Staatsform wieder einräumt, dürfen wir sie wieder aufs Spiel setzen?

Unsere Wirtschaft hat nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen seit dem Kriegsende keine schlimmere Krise gehabt, als die gegenwärtige.

Die Krise ist chronisch und deswegen besonders verhängnisvoll. Es wird noch ungeheurer Anstrengung aller, der Unternehmer und der Arbeiter, der Angestellten und Beamten bedürfen, um aus ihr her-

auszukommen. In solcher Zeit ist aber innerpolitische Ruhe und Stetigkeit und das Fernhalten aller und jeder radikalen Entgleisungen rechts und links das unbedingte Gebot der Stunde. Die entschädigungslose Enteignung von Privatvermögen wäre aber eine solche Entgleisung und ich fürchte, daß wir durch erneuten Niedergang der Wirtschaft und durch vermehrte Arbeitslosigkeit schwer dafür büßen müßten.“

### Volksentscheid und Außenpolitik

#### Untergrabung der Weltgeltung Deutschlands.

In einem Zeitungsartikel, der sich mit der Frage der auswärtigen Politik befaßt, weist der dem Reichsaussenminister Stresemann sehr nahe stehende volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Rheinbaben auf die

### Schweren Schädigungen

hin, die ein Abstimmungsstich der Linken am 20. Juni für die auswärtige Politik haben müßte.

Die bevorstehende Abstimmung des 20. Juni schreibt Abg. v. Rheinbaben, hat selbstverständlich auch eine starke außenpolitische Bedeutung. Starke innere Wirren und Krisen in Deutschland, wie sie bei einem eventuellen Abstimmungsstich der Linken mit Sicherheit eintreten müßten, würden

fast alles wieder in Frage stellen, was außenpolitisch in den letzten Jahren in der Richtung auf zunehmende Geltung Deutschlands in der Welt erarbeitet worden ist.

Man könnte nur dem Wünsche Ausdruck geben, daß die gemeinsame Abwehr des Mittels an den Grundfragen von Moral und Recht die Folge haben möge, daß in Ueberwindung der augenblicklichen innerpolitischen Reibungen und Spannungen der Drang zur Zusammenarbeit staatsrechtlicher und staatsbauender Kräfte wieder neuen Antrieb erhalte. Je mehr das der Fall sein wird, desto mehr wird es der außenpolitischen Führung möglich sein, die sich bietenden mannigfachen Möglichkeiten der Zukunft auszunutzen.

Jehegen Besprechungen Stellung nehmen können.

### Zur Einhaltung des Brotpreises

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats nahm den Bericht des Arbeitsausschusses zur Beratung des Entwurfes eines Gesetzes zur Aenderung der Gewerbeordnung entgegen. Der Entwurf will die obersten Landesbehörden ermächtigen, die Bäcker zu zwingen, nur Brote von bestimmtem Gewicht zu backen, und dieses Gewicht durch einen Stempel auf die Brote aufzudrücken. Der Ausschuss beschloß einstimmig, der Regierungsvorlage die Zustimmung zu verweigern und der Reichsregierung zu empfehlen, den Verbrauchern stets eine rechtzeitige und klare Unterrichtung über das Brotpreises zu verschaffen.

### Um die Gestaltung der Getreidezölle

Im Reichstag wurden gestern die Verhandlungen der Reichsregierung mit dem interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien über die Frage der Gestaltung der Getreidezölle im Zusammenhang mit dem deutsch-schwedischen Handelsvertrag fortgesetzt. Die Reichsregierung war durch Reichsanwalt Marz, Reichsernährungsminister Dr. Haslunde und Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vertreten. In ein entscheidendes Stadium werden die Verhandlungen erst in der nächsten Woche treten, da erst dann die Fraktionen der Regierungsparteien zu den

### Rationalisierung und Wirtschaft

Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft, d. h. die Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung bieten, um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu heben, ist in vollem Gange. Sie soll völlig durchgeführt, zur Behebung der jetzigen Wirtschaftskrise mit beitragen, indem sie durch Verbilligung und auch Verbesserung der Erzeugnisse unsere Konkurrenzfähigkeit im Auslande und die Kaufkraft des Inlandmarktes steigert. Wird aber die Rationalisierung tatsächlich imstande sein, die katastrophale Arbeitslosigkeit wenigstens zu lindern? Im Anfang allerdings nicht; denn die Rationalisierung soll ja an Menschenkräften soviel wie möglich sparen, muß daher folgerichtig zunächst zu einem weiteren Abschieben von unnötig gewordenen Arbeitskräften und zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen.

Aber diese Erhöhung der Arbeitslosigkeit wird nur vorübergehend sein; denn mit Fortschreiten der Rationalisierung, der dadurch erreichten Verbilligung der Produkte und dem so zu erzielenden höheren Absatz wird es möglich sein, erhebliche Kräfte der Industrie wieder zuzuführen. Jedenfalls wollen wir uns keinen überhöhen Hoffnungen hingeben; die Besserung der Arbeitslosigkeit wird sich sicherlich auf einen langen Zeitraum erstrecken. Wir müssen bedenken, daß einmal die Kaufkraft fast aller am Kriege beteiligten Europastaaten erheblich gesunken ist, und daß andererseits sehr viele Länder während des Krieges ihre eigene Industrie ausgebaut haben und mit allen Mitteln bestrebt sind, sie gegen ausländische Konkurrenz zu schützen; mit anderen Worten, die meisten Staaten, mit denen wir in der Vorkriegszeit in regsten Handelsbeziehungen standen, haben für die deutschen Industrieerzeugnisse an Aufnahmefähigkeit und zum Teil auch an Aufnahmewillen verloren. Das alles muß naturgemäß unsere so bitter notwendige Ausfuhr in hohem Maße erschweren. Aber deutsche Tatkraft und deutscher kaufmännischer Geist müssen und werden auch diese Schwierigkeit überwinden.

Was den Inlandmarkt, der vor dem Kriege etwa drei Viertel unserer gesamten industriellen Produktion aufnahm, anlangt, so wird seine Kaufkraft mit der Verbilligung der Erzeugnisse zweifelsohne stark zunehmen; denn großer Bedarf an allen Artikeln ist bei der Bevölkerung vorhanden, und die Massen werden das, was sie zum Leben brauchen, auch kaufen, wenn sie es billiger als jetzt erhalten. Aber die jetzigen 1 1/4 Millionen Erwerbslosen zu beschäftigen, wird kaum möglich sein. Mit einer verstärkten Arbeitslosigkeit müssen wir vielmehr auf längere Zeit rechnen. Vergessen wir nicht, daß vor dem Kriege fast eine Million junger Leute in der Armee und Marine dienten und somit nicht auf den Arbeitsmarkt drückten; sie sollen jetzt — abgesehen von den etwa 115 000 Mann der Reichswehr und Marine und einer vermehrten Polizeimacht — zum größten Teil mit in der Industrie beschäftigt werden.

Trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten wird aber die Rationalisierung zu ihrem Teil allmählich mit dazu beitragen.